

Auch in Hongkong und anderen südlichen Landesteilen sowie in Xinjiang und Qinghai sollen insgesamt mehrere tausend Menschen an Hepatitis A erkrankt sein (XNA, 13.2.88, nach SWB, 16.2.88; AW, 18.3.88, S. 33; Radio Qinghai, 11.2.88, nach SWB, 23.2.88; Zhongguo Tongxun She, 2.3.88, nach SWB, 8.3.88). Insgesamt sollen sich mindestens 16.000 Hepatitis-Kranke in Hospitälern befinden, und bis Ende Februar sollen sieben Personen davon gestorben sein (AFP, 24.2.88, nach SWB, 25.2.88).
-sch-

Kultur

*(15)

Tagung des 3.Nationalkomitees der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik: Förderung der Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

Anfang Februar hielt das 3.Nationalkomitee der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik seine 3.Tagung ab. Qian Xuesen, Präsident der Gesellschaft, stellte sich in seinem Bericht voll hinter die offizielle Politik, daß Wissenschaft und Technik dem wirtschaftlichen Aufbau zu dienen hätten. Er plädierte u.a. für eine stärkere Integration von Wissenschaft und Wirtschaft und stellte der Gesellschaft vier hauptsächliche Aufgaben zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts: 1. Verstärkung der wissenschaftlichen Aktivitäten der Einzelorganisationen der Gesellschaft; 2. Intensivierung der Arbeit im Hinblick auf die Ingenieure und das technische Personal von Bergbau- und Industriebetrieben, um auf diese Weise bei der technischen Reform und dem technischen Fortschritt der Betriebe eine aktive Rolle zu spielen; 3. Verbreitung wissenschaftlich-technischer Kenntnisse zur Förderung der Reformen auf dem Lande; 4. Ausdehnung der Arbeit der Gesellschaften an den Hochschulen auf die Studenten, um neue Kenntnisse zu vermitteln, mit den Studenten in Dialog zu treten und die Struktur der Lehrpläne zu verbessern. (RMRB, 5.2.88)

Die Arbeit unter den Ingenieuren und Technikern zielt darauf ab, diese dafür zu gewinnen, daß sie in ihren Betrieben für technische Mo-

dernisierungen eintreten. Die Orientierung auf die ländlichen Bedürfnisse ist ein besonderes Anliegen - ganz im Sinne der offiziellen Politik. Zu diesem Zweck bildet die Gesellschaft spezialisierte technische Forschungsgruppen, die zur Anleitung der bäuerlichen Bevölkerung aufs Land geschickt werden (XNA, 8.2.88). Der Kontakt mit den Studenten soll gepflegt werden, um sie mit der Wirtschaftspraxis in Berührung zu bringen.

Hu Qili, der ebenfalls auf der Tagung sprach, appellierte an die Gesellschaft für Wissenschaft und Technik, ihren Beitrag zur Hebung des wissenschaftlichen und kulturellen Niveaus zu leisten. Dabei wies er besonders auf die Aufgaben der Gesellschaft in bezug auf die ideologische Erziehung ihrer Mitglieder hin (XNA, 9.2.88).

Die Gesellschaft für Wissenschaft und Technik wurde zu Beginn der Volksrepublik gegründet und hörte wie andere Massenorganisationen auch während der Kulturrevolution auf zu bestehen. Zählte sie vor der Kulturrevolution 50 Unterorganisationen, so sind in ihr heute bereits 146 nationale wissenschaftliche Einzelgesellschaften mit einer Mitgliedschaft von 2,19 Millionen vertreten (XNA, 6.2.88 u. RMRB, 9.2.88). -st-

*(16)

Nebentätigkeiten für Wissenschaftler und Techniker offiziell erlaubt

Der Staatsrat hat jetzt offiziell erlaubt, daß Wissenschaftler und Techniker außer ihrer hauptamtlichen Tätigkeit Nebentätigkeiten ausüben können. Nebenbeschäftigungen für Wissenschaftler waren bereits in der 1985 beschlossenen Wissenschaftsreform vorgesehen und werden auch schon seit längerem praktiziert. Um bestehende Unklarheiten zu beseitigen, hat die Regierung einen entsprechenden Vorschlag der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik gebilligt. Danach können Wissenschaftler und Techniker unter der Voraussetzung, daß sie ihre hauptamtliche Tätigkeit voll in einem Acht-Stunden-Tag erfüllen, zusätzlich bezahlten Nebentätigkeiten nachgehen, d.h. sie können in ihrer Freizeit technische Entwicklung und Technologietransfer betreiben, eine Beratertätigkeit aufnehmen oder sonstige Dienstleistungen wahrnehmen. Voraussetzung ist

ferner, daß die technischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen des Hauptarbeitgebers nicht verletzt werden. Die Nebentätigkeit kann entweder von der eigenen Arbeitseinheit oder über den Technologiemarkt vermittelt werden oder durch eigene Verbindungen zustande kommen. Unter bestimmten Bedingungen kann eine Einheit einem Mitarbeiter eine Nebentätigkeit verweigern, wenn z.B. Staatsgeheimnisse preisgegeben werden könnten, die Erfüllung staatlicher Pläne dadurch leiden würde oder es die Situation der betr. Einheit aus anderen Gründen nicht erlaubt.

Bezüglich der aus Nebentätigkeiten erzielten Gewinne wurde folgendes festgelegt: Wenn der betr. Mitarbeiter für die Nebentätigkeit einen Teil seiner Dienstzeit oder die materiellen Voraussetzungen seiner Einheit oder aber nicht allgemein zugängliches technisches Material verwendet, dann hat die Einheit einen Anspruch auf einen angemessenen Anteil am Verdienst. Außerdem muß sie in solchen Fällen ihre Zustimmung zu der Nebentätigkeit geben. Andernfalls geht der Verdienst aus der Nebentätigkeit an den Mitarbeiter persönlich. Dieser hat unbedingt die Rechte und Interessen seiner Arbeitseinheit zu schützen. (RMRB, 5.2.88)

Mit der bereits in der Wissenschaftsreform vorgesehenen Genehmigung von Nebentätigkeiten wird bezweckt, die Verbindungen zwischen Wissenschaft und Technik auf der einen und Wirtschaft und Gesellschaft auf der anderen Seite zu fördern, wodurch man sich positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung erhofft.

Daß Nebentätigkeiten auch Probleme aufwerfen und welcher Art diese sind, zeigt der spektakuläre Fall eines Computer-Fachmanns in Shenyang, der wegen angeblicher Unterschlagung ins Gefängnis kam. Zhao Hengdong arbeitete als Computer-Ingenieur am Shenyanger Institut für Computertechnologie, einem Institut der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. Zugleich war er Vizepräsident der Computer-Gesellschaft der Provinz Liaoning. Als solcher hatte er erfahren, daß über 100.000 im Jahre 1984 eingeführte IBM-Computer unbenutzt geblieben waren, weil die Bedienungsanleitungen fehlten. Mit Billigung des Präsidenten der Gesellschaft organisierte Zhao 22 Spezialisten, die die entsprechenden

Informationen besorgten und ins Chinesische übersetzten, alles in ihrer Freizeit. Innerhalb eines Jahres waren mehr als 7.000 Anleitungsbücher erstellt, mit denen 1.400 Einheiten in ganz China in die Lage versetzt wurden, die Computer in Betrieb zu nehmen. Die Gesellschaft, so hieß es in dem Bericht (XNA, 16.2.88), habe dadurch einen Nettogewinn von über 360.000 Yuan gehobt. Zhao habe sich davon 30% genommen, 106.900 Yuan, eine Summe, die ihm nach eigenen Angaben als vertraglich festgelegtes Beraterhonorar zugestanden habe. Sein Institut hingegen war anderer Meinung: Es erhob ebenfalls Anspruch auf das Geld und klagte Zhao wegen Unterschlagung an. Gegen Ende 1985 wurde Zhao zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, die er auch antreten mußte. Der Fall erregte seinerzeit in Wissenschaftlerkreisen große Aufmerksamkeit und führte zu einer starken Unsicherheit mit der Folge, daß die Zahl der wissenschaftlichen Beraterverträge in Liaoning um 80% sank. Ein Shenyanger Gericht befaßte sich sieben Monate mit dem Fall, befand schließlich, Zhao habe das Geld zu Recht erhalten, und sprach ihn frei. Doch trotz seiner Freisprechung und Entlassung aus dem Gefängnis im Januar 1987 ist Zhao immer noch nicht im Besitz des Geldes. Das Institut behauptet nach wie vor, Zhao habe die Übersetzungsarbeit nicht nur in seiner Freizeit erledigt, und erhebt weiterhin Anspruch auf das Geld. Es ist lediglich bereit, Zhao 30.000 Yuan zu zahlen und die restlichen 70.000 Yuan als Bonusse an die Angestellten des Instituts zu verteilen. Zhao setzt dem entgegen, er habe das Projekt in seiner Eigenschaft als Vizesekretär der Computer-Gesellschaft durchgeführt und hätte nach Zahlung der Übersetzerhonorare eigentlich Anspruch auf 50% der Summe.

In einem begleitenden Kommentar wird der Bericht dahingehend kommentiert, daß für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik die Initiative und Kreativität der Wissenschaftler entscheidend sei und die "Schaffung von Wohlstand für die Gesellschaft" in der Freizeit der Leistung des einzelnen entsprechend zu belohnen sei. Schließlich falle die Belohnung immer noch bescheiden aus im Vergleich zum Nutzen für die Nation. Solche Aktivitäten der Wissenschaftler seien daher zu fördern und zu schützen. (XNA, 16.2.88)

Der Fall verdeutlicht den Mangel an Rechtssicherheit in dieser Frage. Sobald es um hohe Honorare geht, wird es trotz der offiziell befürworteten Politik der wissenschaftlichen Nebentätigkeiten in der Praxis zu Schwierigkeiten kommen. Von dem allgemeinen Gewinnstreben in der chinesischen Gesellschaft sind auch wissenschaftliche Institute und Wissenschaftler nicht ausgenommen. Hinzu kommen die in der Verwaltungsbürokratie weit verbreiteten Vorurteile, also auch Mißgunst gegen die Intellektuellen, die es dem einzelnen Wissenschaftler erschweren, seine Ansprüche durchzusetzen, zumal wenn - Entscheidungen und Urteile nach politischen Opportunitätsgründen gefällt werden. -st-

* (17)

Auseinandersetzung um nichtstaatliche Hochschulen

In China findet zur Zeit eine Auseinandersetzung um die nichtstaatlichen ("minban") Hochschulen statt. Diese von gesellschaftlichen Gruppen oder Einzelpersonen betriebenen Hochschulen werden offiziell befürwortet, um dem Mangel an Fachleuten abzuwehren. In den letzten paar Jahren hat ihre Zahl in ganz China zugenommen. Allein in Beijing gibt es zur Zeit bereits 17 solcher Hochschulen mit 12.000 Studenten (GMRB, 8.1.88), nach einer anderen Quelle sogar 40 (XNA, 12.2.88). Die unterschiedlichen Zahlenangaben hängen damit zusammen, daß es keine klaren Kriterien gibt, welche Institution im einzelnen als Hochschule zu bezeichnen ist.

In der Öffentlichkeit sind die nichtstaatlichen Hochschulen nicht unumstritten. Die Staatliche Erziehungskommission hat mehrfach versucht, einen gewissen Standard vorzuschreiben, der jedoch in der Praxis längst nicht von allen Institutionen dieser Art eingehalten wird. So wird von seiten der Erziehungskommission geklagt, daß solche Hochschulen in den letzten beiden Jahren so stark zugenommen haben, daß alle drei Tage eine neue eröffnet wurde. Mehrere polytechnische Sekundarschulen hätten z.B. einfach ihren Namen geändert und sich als Hochschule etabliert (XNA, 12.2.88). Die Gegner der nichtstaatlichen Hochschulen kritisieren denn auch in erster Linie das niedrige Niveau, das es bisher nicht erlaubt, die Examina

dieser Hochschulen staatlich anzuerkennen. Die Absolventen der nichtstaatlichen Hochschulen erhalten im Beruf daher auch niedrigere Gehälter als Absolventen staatlicher Hochschulen.

Viele Kritiker halten die nichtstaatlichen Hochschulen für eine Übergangserscheinung, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt dringend benötigte Fachleute in Ergänzung zum staatlichen Hochschulsystem bereitstellt, die aber wieder verschwinden werde, sobald die Reform des Hochschulwesens greift.

Die Verfechter der nichtstaatlichen Hochschulen sehen die Vorteile darin, daß diese Hochschulen für alle offen sind, die die staatlichen Aufnahmeprüfungen nicht geschafft haben, daß sie vornehmlich seltene Spezialgebiete anbieten, für die in der Gesellschaft eine starke Nachfrage besteht, und daß sie gut qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung haben, da sie zumeist Dozenten staatlicher Hochschulen nebenamtlich beschäftigen. Als weiterer Vorteil wird angeführt, daß diese Hochschulen keinen Pfennig staatlicher Gelder beanspruchen, obwohl sie für den Staat Fachleute ausbilden, und daß sie insgesamt sehr wirtschaftlich arbeiten (GMRB, 8.1.88). In den Augen der Befürworter sind die nichtstaatlichen Hochschulen inzwischen unverzichtbar, denn allein könnte der Staat den steigenden Bedarf an Fachkräften nicht decken.

Nach offiziellen Schätzungen braucht China bis zum Ende des Jahrhunderts 50 Millionen Hochschulabsolventen und Experten. Die staatlichen Bildungsinstitutionen des tertiären Sektors können bis dahin jedoch nur 15 Millionen ausbilden und sind auch nicht in der Lage, das große Heer der Berufstätigen fortzubilden (XNA, 12.2.88).

Die Auseinandersetzung wird vermutlich weitergehen, solange keine einheitlichen Standards eingeführt sind und das Niveau der nichtstaatlichen Schulen so stark differiert. Dennoch gibt es eine große Zahl sehr erfolgreich arbeitender privater Hochschulen, deren Absolventen sofort Stellen finden. Dies zeigt, daß in der Wirtschaft Bedarf an ihnen besteht. -st-

***(18)
Regelung des Hochschulzugangs
auf Empfehlung**

In der "Provisorischen Verordnung über die Zulassung zu den allgemeinen Hochschulen" vom 27. April 1987 war u.a. vorgesehen, daß 46 ausgewählte Hochschulen Kandidaten auf Empfehlung zum Studium aufnehmen dürfen (vgl. C.a., 1987/4, Ü 29). In Ergänzung dazu hat die Staatliche Erziehungskommission kürzlich "Vorläufige Bestimmungen über die Aufnahme empfohlener Studenten auf allgemeine Hochschulen" erlassen (vgl. RMRB, 5.2.88). Darin heißt es, daß 1988 insgesamt 53 Hochschulen autorisiert sind, empfohlene Studenten aus ganz China oder aus einer größeren Region aufzunehmen, und daß örtliche Pädagogische Hochschulen aus ihrem jeweiligen Einzugsgebiet ebenfalls Studenten auf Empfehlung aufnehmen können.

Nach den "Vorläufigen Bestimmungen" können diese Hochschulen Kandidaten aus drei verschiedenen Gruppen auf Empfehlung aufnehmen, d.h. ohne die normalerweise übliche Aufnahmeprüfung: 1. Absolventen der Mittelschuloberstufe, die in bezug auf Moral, Wissen, Sport und Ästhetik sowie in bezug auf praktische Arbeit hervorragend sind; hier zählt insbesondere auch die ideologische Zuverlässigkeit. 2. Absolventen der Mittelschuloberstufe und von pädagogischen Fachschulen auf Sekundarebene, die in bezug auf Moral, Wissen, Sport und Ästhetik umfassend ausgebildet sind und gute schulische Leistungen erbracht haben und die bereit sind, Lehrer zu werden. 3. Absolventen der Mittelschuloberstufe, die ebenfalls auf allen Gebieten gute Leistungen vorweisen und darüber hinaus an internationalen Schülerwettbewerben teilgenommen haben.

Entscheidend bei den Bestimmungen ist, daß nur ein bestimmter Prozentsatz von Kandidaten auf Empfehlung aufgenommen werden darf. Bei Hochschulen und Universitäten, die aus ganz China und einer größeren Region Kandidaten auf Empfehlung aufnehmen dürfen, kann der Anteil der empfohlenen Schüler 3-10% der Gesamtzahl der aufzunehmenden Schüler des betr. Jahrgangs betragen. Bei den Pädagogischen Hochschulen, die den Provinzen unterstellt sind, soll der Anteil der empfohlenen Bewerber für ein Pädagogikstudium von den Aufnahmekomitees der

jeweiligen Provinz festgesetzt werden, soll aber 10% der neu aufgenommenen Studenten des betr. Jahres nicht überschreiten. Die Sekundarschulen, die Schüler empfehlen, müssen einen guten Standard haben und sollen Empfehlungen in enger Abstimmung mit den Erziehungsbehörden und Aufsichtsorganen vornehmen. Im Prinzip sollen Mittelschulen nicht mehr als 5%, pädagogische Fachmittelschulen nicht mehr als 2% ihrer Absolventen für die Hochschule empfehlen.

Von den Hochschulen wird gefordert, daß sie die empfohlenen Kandidaten mit Zustimmung des zuständigen Aufnahmekomitees nach der Schulabgangsprüfung begutachten. Die Entscheidung, ob sie die empfohlenen Kandidaten aufnehmen, liegt bei den Hochschulen.

Die Regelung, daß Hochschulen auch Kandidaten auf Empfehlung ohne Absolvierung der staatlichen Aufnahmeprüfung aufnehmen können, gibt den Hochschulen einen gewissen Spielraum, sich geeignete Studenten auszuwählen. Ein besonders wichtiger Aspekt ist aber, daß man sich von der Regelung günstige Auswirkungen auf das Pädagogikstudium erhofft. Der Mangel an Pädagogikstudenten macht es notwendig, dieses Studium attraktiver zu gestalten, in diesem Falle also einem bestimmten Prozentsatz von Mittelschulabgängern die Möglichkeit zu geben, unter Umgehung der einheitlichen staatlichen Aufnahmeprüfung studieren zu können. -st-

***(19)
Qualifikationsstruktur der Lehrerschaft**

Seit Einführung staatlich festgesetzter Qualifikationsnachweise für Lehrer mit Beginn des Jahres 1987 sind bereits erste Erfolge zu verzeichnen. Nach neuesten Angaben der Staatlichen Erziehungskommission (vgl. RMRB, 6.2.88, S.3) hat sich der Anteil der Grundschullehrer mit anerkanntem Bildungsgang 1987 im Vergleich zum Vorjahr um 2% erhöht und damit einen Stand von 68,2% erreicht. Um ebenfalls 2% ist der Anteil der qualifizierten Lehrer der Sekundarstufe I (d.h. der Mittelschulunterstufe) angestiegen, so daß nunmehr 27% dieser Lehrer den offiziellen Anforderungen entsprechen. Hingegen nimmt derselben Quelle zufolge der Anteil der Lehrer der Sekundarstufe II (d.h. der Mittelschuloberstufe) mit

der entsprechenden Qualifikation immer noch ab. Er soll 1987 39,3% betragen haben; 1978 sollen es noch 46% gewesen sein.

Bei genauerer Betrachtung dieser Zahlen fällt ins Auge, daß die hauptsächlichsten Probleme bei den Mittelschullehrern liegen. Erstausen muß vor allem, daß nur 27% der Lehrerschaft für die Sekundarstufe I die erforderliche Qualifikation besitzen, d.h. die Fachhochschule absolviert haben. Das bedeutet, daß fast drei Viertel der Sekundarschullehrer nicht ausreichend qualifiziert sind. In einer Analyse vom Januar 1988 war deren Anteil mit 50% beziffert worden (vgl. C.a. 1988/1, Ü 30), eine Zahl, die sicherlich zu hoch war. Tatsache ist, daß in der Sekundarstufe I die Mehrzahl der Lehrer nicht das entsprechende Lehrerexamen vorweisen kann. Dabei ist der Lehrerberuf auf dieser Schulstufe wegen der Einführung der neunjährigen Schulpflicht am allergrößten. Daß auf der Sekundarstufe II verhältnismäßig mehr Lehrer die erforderliche Qualifikation haben, liegt daran, daß hier die Ausgangssituation von vornherein besser war. Allerdings muß es bedenklich stimmen, daß auf dieser Schulstufe die Zahl der qualifizierten Lehrer sinkt. Dies erklärt sich daraus, daß immer weniger qualifizierter Nachwuchs zur Verfügung steht. In den vergangenen Jahren waren immer weniger Studenten bereit, Pädagogik zu studieren, weil der Lehrerberuf zu unattraktiv ist. Erst neuerdings wird das Pädagogikstudium besonders gefördert. So soll 1987 der Anteil der Studenten, die zu den Pädagogischen Hochschulen zugelassen wurden, 35% aller neuzugelassenen Studenten betragen haben (RMRB, 6.2.88). Das Problem ist jedoch, daß viele Absolventen der Pädagogischen Hochschulen nicht in den Lehrerberuf gehen oder eine andere Tätigkeit annehmen, nachdem sie einige Jahre als Lehrer gearbeitet haben. -st-

***(20)
Einführung von Schulinspektoren**

In China hat man damit begonnen, im Erziehungswesen das Schulinspektorensystem einzuführen. Gegenwärtig befindet sich das System nach Aussagen der Staatlichen Erziehungskommission noch im Stadium der Vervollkommnung, um dann in Zukunft schrittweise allgemein eingeführt zu werden. Zu

den Aufgaben der Schulinspektoren gehören die Überprüfung, ob die Schulen und die Erziehungsbehörden der unteren Verwaltungsebenen die staatliche Erziehungspolitik und die einschlägigen Gesetze und Bestimmungen durchführen, die Begutachtung der Qualität des Unterrichts und des Verwaltungsniveaus in den Schulen sowie die Weiterleitung von Meinungen und Ansichten der in der Erziehungsarbeit Tätigen an die aufsichtführenden Behörden. Schulinspektoren gibt es schon in 19 Einheiten auf Provinzebene. Ihre Aufsichts- und Überprüfungstätigkeit erstreckt sich auf die Grundschulen, die allgemeinbildenden Mittelschulen, Berufsschulen und technische Schulen sowie die entsprechenden Erziehungsbehörden. Die Schulaufsicht beinhaltet im einzelnen die Überprüfung der Leitgedanken bei der Erziehung, der Richtung der Schule, der Lehrerschaft, des Niveaus der Schulverwaltung, der Bedingungen der Schule, der Qualität des Unterrichts und einer möglichen einseitigen Ausrichtung auf die nächst höhere Schulstufe. (RMRB, 5.2.88)

Gerade dem letzten Punkt wird in der gegenwärtigen Schulpolitik besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Viele allgemeinbildende Mittelschulen streben nur danach, eine möglichst hohe Schülerzahl auf die Hochschulen zu bringen und richten ihren Unterricht entsprechend diesem Ziel aus. Diese Praxis läuft der offiziellen Schulpolitik entgegen, deren Ziel es ist, den Andrang zu den Hochschulen zu mindern und die Sekundarschüler mehr auf die Berufspraxis hin auszubilden. -st-

* (21)

Grundschulpflicht in 1.400 Kreisen verwirklicht

Nach Angaben der Provinzen, autonomen Gebiete und provinzfremden Städte für das Jahr 1987 haben 1.400 Kreise (xian) die allgemeine Grundschulpflicht verwirklicht. Dies teilte ein Sprecher der Staatlichen Erziehungskommission im Anschluß an eine Arbeitssitzung der Kommission mit (vgl. RMRB, 6.2.88). Damit sei die Rate der Kinder im schulpflichtigen Alter, die eine Schule besuchen, landesweit auf 97,1% gestiegen, was gegenüber 1986 einen Zuwachs von 0,7% bedeute. Auch die Stabilitätsrate sei angewachsen, d.h., die Abbruchraten haben abgenommen.

Schenkt man diesen Zahlen Glauben, so hätten etwa zwei Drittel aller Kreise (deren Zahl sich ohne die Stadtbezirke auf Kreisebene und kreisfreien Städte auf 2.046 beläuft) die allgemeine Grundschulpflicht eingeführt. Die Angaben sind jedoch mit Skepsis zu bewerten, denn erst im Oktober 1987 hatte ein Vertreter der Erziehungskommission verlauten lassen, daß 1.052 Kreise - also gut die Hälfte - die Grundschulpflicht eingeführt hätten (XNA, 5.10.87; vgl. C.a. 1987/10, Ü 13). Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Zahl der Kreise innerhalb weniger Monate so schnell erhöht haben sollte. Entweder hat der Sprecher im Oktober mangels genauerer Angaben eine zu niedrige Zahl genannt, oder die Provinzen haben bei der jüngsten Überprüfung ihre Angaben geschönt. Letzteres ist aus verschiedenen Gründen wahrscheinlicher. Die Kreise versuchen sich nicht nur in ein besseres Licht zu stellen, sondern lenken ggf. auch von der Notwendigkeit ab, mehr im Erziehungswesen zu investieren. -st-

* (22)

Illegale Erhebung von Schulgeldern

Die *Guangming-Zeitung* machte kürzlich auf einen Mißstand aufmerksam, der die Einführung der allgemeinen Schulpflicht ernsthaft behindert: Viele Grund- und Mittelschulen im ländlichen Bereich erheben ohne rechtliche Grundlage übermäßige Schulgelder und -gebühren. Dies führt zu wirtschaftlichen Belastungen der Eltern und infolgedessen bei einer großen Zahl von Schülern zum vorzeitigen Schulaustritt.

Die gängigste Methode ist, daß die Schulen eigenmächtig unter den verschiedensten Bezeichnungen alle möglichen Gebühren erheben, z.B. Büchergeld, Geld für musische und sportliche Aktivitäten und für Gesundheitspflege, für Nachhilfe und Geräteausstattung, Akten- und Prüfungsgebühren sowie Geld zur Aufbesserung der Lehrergehälter an den nichtstaatlichen Schulen und für das Küchenpersonal.

Eine andere Methode, mit der Schulen zu Geld zu kommen versuchen, ist, daß sie bei neu aufzunehmenden Schülern "über den Preis verhandeln". Diese Methode wird vornehmlich von Mittelschulen, nicht selten auch von Schwerpunktschulen, also generell von at-

traktiven Schulen angewendet. Die Schulen setzen die Zensuren für neu aufzunehmende Schüler beliebig nach oben, um auf diese Weise die Zahl der nach dem Plan aufzunehmenden Schüler möglichst niedrig zu halten. Über die freigehaltenen Plätze wird dann mit den Familienvorständen verhandelt, und wer das geforderte Geld gibt, dessen Kind wird aufgenommen. Die Geldsummen, die gezahlt werden, reichen von einigen hundert bis 1.200 Yuan. In einer Stadt in Hunan sollen 1987 40% aller im staatlichen Plan für die Mittelschuloberstufe vorgesehenen Schüler aufgrund derartiger "Preisverhandlungen" einen Platz in einer Oberstufenklasse erhalten haben.

Schließlich gibt es bei Mittelschulen noch die Methode, "Wiederholungsschüler" gegen erhöhtes Schulgeld aufzunehmen. Hierbei handelt es sich um Schüler, die die Mittelschule bereits absolviert haben, aber eine Klasse noch einmal wiederholen möchten - offensichtlich, weil sie die Hochschulaufnahmeprüfung nicht bestanden haben und sich darauf besser vorbereiten wollen. Eine solche Praxis ist offiziell verboten; dennoch umgehen viele Mittelschulen die Bestimmung, weil sie auf diese Weise mehr Geld verlangen können. Manche Schulen legen sogar das Schwergewicht auf die "Wiederholungsschüler", und zwar zu Lasten der regulären Schüler, die in dem betr. Schuljahr Abitur machen. In Heilongjiang soll es 1987 an einer Schule 45 "Wiederholungsschüler" und nur 2 reguläre Schüler gegeben haben. Im Jahr 1984 habe die Schule pro Wiederholungsschüler 120 Yuan verlangt, 1986 bereits 300 Yuan. Es soll auch vorkommen, daß man sich mit Geld bessere Zensuren erkaufen kann. So fehlten einem Schüler 2 Punkte, um auf die Oberstufe der Mittelschule zu kommen. Nachdem die Familie 1.200 Yuan gezahlt hatte, ließ man ihn zur Oberstufe zu.

Die ständig steigenden Gebühren der Schulen, so heißt es in dem Bericht abschließend, seien einer der Gründe, weshalb so viele Kinder nicht zur Schule gehen oder die Schule vorzeitig abbrechen. (GMRB, 29.1.88)

Das schwierige Problem des Schulgeldes und der von den Schulen erhobenen Gebühren ist in dem Gesetz über die allgemeine Schulpflicht vom 12. April 1986 geregelt (vgl. C.a. 1986/4, Ü 15). Dort heißt

es, daß sowohl Schulgeld als auch Gebühren tendenziell abgeschafft werden sollen, weil sie mit der Schulpflicht nicht zu vereinbaren sind. Für eine gewisse Übergangszeit werden beide jedoch noch gestattet. Insbesondere die ländlichen Schulen, für die die Lokalbehörden zuständig sind, sind aufgrund ihrer mangelhaften finanziellen Ausstattung vielfach darauf angewiesen, Schulgeld und gewisse Gebühren zu verlangen. Hier wäre es Sache der örtlichen Regierungen, die Schuletats zu erhöhen oder, wenn sie dazu wirtschaftlich nicht in der Lage sind, staatliche Unterstützung einzuholen. Denn um die allgemeine Schulpflicht zu verwirklichen, dürfen die Eltern finanziell nicht über ein gewisses Maß belastet werden.

Anders ist es, wenn die Schulen nicht aus Überlebensgründen, sondern aus purem Geschäftssinn bestimmten Gruppen von Schülern Vergünstigungen geben und sich diese hoch bezahlen lassen. Wenn sich also wohlhabende Eltern für ihre Kinder Plätze in einer besseren Schule oder bessere Zensuren erkaufen können oder wenn sie ihre Kinder für Geld die Abiturklasse noch einmal wiederholen lassen können, damit sie die Aufnahmeprüfung für die Hochschule das nächste Mal schaffen, dann wird damit das Prinzip der Chancengleichheit bei der Schulbildung durchbrochen und wird künftig Bildung immer mehr vom Wohlstand abhängen. Hier warten dringende Aufgaben für die Schulinspektoren, die zur Zeit eingeführt werden. -st-

* (23) Kritik an religiösen Aktivitäten von Schülern

Die *Volkszeitung* veröffentlichte kürzlich auf ihrer ersten Seite einen Brief, den ein Vertreter der Erziehungsbehörde der Provinz Shaanxi an die Zeitung geschrieben hatte (vgl. Ausgabe vom 22.2.88). Darin berichtete der Verfasser, er habe in verschiedenen buddhistischen Tempeln in Xi'an, Xianyang, Jingyang und Sanyuan gesehen, wie mehrere Schüler unter Anleitung ihrer Eltern Weihrauchstäbchen verbrannt, sich händefaltend verneigt und dafür gebetet hätten, daß sie auf die Hochschule kommen. Außerdem hätten sich mehrere Gruppen wahrsagen lassen und alle möglichen religiösen Zeremonien vollzogen. Dies alles, so der Ver-

fasser, sei für die körperliche und psychische Gesundheit der Schüler äußerst schädlich und verderbe ihre Seele. Deshalb fordert er mit allem Nachdruck eine intensivere Erziehung in Atheismus und das entsprechende Vorgehen gegen "feudalistisches abergläubisches Gedankengut". Er appelliert an die Kommunistische Jugendliga, den Aberglauben zu bekämpfen, und an die Medien und Verlage, Material zur Propagierung des Atheismus für Kinder und Jugendliche zu verbreiten. Zugleich sollte kleinen Läden und Straßenhändlern verboten werden, mit Neujahrsbildern und Druckerzeugnissen "abergläubischen" Inhalts zu handeln.

Der Brief, dessen Bedeutung allein durch die Tatsache dokumentiert wird, daß er auf der ersten Seite der *Volkszeitung* erschien, zeigt zweierlei: zum einen das offenbar vielerorts wiederaufgelebte religiöse Interesse der Bevölkerung und nicht zuletzt auch der Jugend, zum anderen das Bestreben von offizieller Seite, diese Tendenzen insbesondere bei der Jugend im Keime zu ersticken - trotz verfassungsmäßig garantierter Religionsfreiheit. -st-

* (24) Ye Shengtao gestorben

In Beijing ist am 16. Februar 1988 der bekannte Schriftsteller Ye Shengtao im Alter von 94 Jahren gestorben (RMRB, 17.2.88). Ye Shengtao gehörte zur Schriftstellergeneration des 4. Mai und arbeitete mit Lu Xun, Mao Dun und anderen Schriftstellern dieser Generation zusammen. Er war ursprünglich Lehrer, und so handelt sein bekanntestes Werk, *Ni Huanzhi*, auch von einem Lehrer. Nach 1949 hat Ye nichts Größeres mehr geschrieben, spielte im öffentlichen Leben jedoch eine bedeutende Rolle. So war er in den fünfziger Jahren stellvertretender Erziehungsminister und hatte auch im Schriftstellerverband eine führende Position inne. Zum Schluß war er u.a. Vizepräsident im VI. Nationalkomitee der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes und Ehrenpräsident der Chinesischen Gesellschaft zur Förderung der Demokratie. -st-

* (25) "Goldener Bär" für chinesischen Film

Bei den 38. Internationalen Filmfestspielen in Berlin im Februar 1988 wurde zum erstenmal ein Spielfilm der Volksrepublik China mit dem "Goldenen Bär" ausgezeichnet. Den Preis erhielt der Film "Rotes Kornfeld" (*Hong Gaoliang*, eigentlich "Rote Hirse") des jungen Regisseurs Zhang Yimou. Der Film spielt im Chinesisch-Japanischen Krieg (FAZ, 24.2.88; RMRB, 25.2.88). Damit beginnt sich China im internationalen Film zu behaupten. Bereits im vergangenen Jahr erlangte ein chinesischer Film, "Der alte Brunnen", angesehene internationale Filmpreise. -st-

* (26) Bevölkerungsboom

China erlebt gegenwärtig einen Bevölkerungsboom, der dem Staat Anlaß gibt, die Geburtenplanungspolitik wieder stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken. Wie der Generalsekretär der Chinesischen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, Wu Cangping, kürzlich erläuterte, ist der Boom darauf zurückzuführen, daß man in den fünfziger und sechziger Jahren die Gelegenheit verpaßt hat, eine vernünftige Bevölkerungspolitik zu betreiben. Der Boom werde noch bis in die zweite Hälfte der neunziger Jahre hinein anhalten, und so lange gelte es, wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums zu ergreifen. Zugleich aber wies Wu darauf hin, daß es darauf ankomme, bei der Geburtenplanung auch auf eine vernünftige Bevölkerungsstruktur zu achten, sonst würde nach 60 Jahren eine Überalterung der Bevölkerung zu verzeichnen sein. Er betonte, daß in den kommenden zehn Jahren pro Jahr durchschnittlich etwa 13 Millionen Frauen das Hauptheirats- und -gebäralter erreichen; diese Gruppe sei die wichtigste Zielgruppe der bevölkerungspolitischen Maßnahmen, und hier dürften keine Fehler gemacht werden (RMRB, 8.2.88).

Ähnlich äußerte sich ein Sprecher der Staatlichen Kommission für Familienplanung vor in- und ausländischen Journalisten. Der Bevölkerungsboom habe 1986 begonnen, 1988 sei bereits das dritte Jahr. 1986 seien 21 Millionen Geburten zu verzeichnen gewesen, 3 Millio-

nen oder 18% mehr als 1985. 1987 seien es schätzungsweise 22 Millionen gewesen, und 1988 werde die Zahl der Geburten noch weiter ansteigen. Der gegenwärtige Bevölkerungsboom werde bis 1995 anhalten und sich erst danach abschwächen. Ab 1998 werde die Bevölkerung dann schneller abnehmen (RMRB, 16.2.88).

Unter diesen Umständen sollen die zuständigen Stellen trotz aller Schwierigkeiten, auf die die offizielle Familienplanungspolitik in der Bevölkerung stößt, verstärkte Anstrengungen unternehmen, die strikte Geburtenplanung durchzusetzen. In diesem Zusammenhang verwies Wu Cangping auf folgende Maßnahmen: Propagierung des Ehegesetzes, der Spätheirat und Spätgeburten, das Verbot früher Ehen und Geburten, Verbot unehelicher Geburten und die Notwendigkeit, alle Geburten zu planen; Beibehaltung der Ein-Kind-Ehe; Verstärkung der Erziehungsarbeit, insbesondere auf ideologischem Gebiet, unter Betonung des Zusammenhangs zwischen Familienplanung und Lebensstandard, Bildungs- und Gesundheitswesen, Stellung der Frau usw. (RMRB, 8.2.88).

Der Sprecher der Kommission für Familienplanung setzte sich vor allem mit dem Problem auseinander, wie die Planung der Geburten konkret zu verbessern sei. Er verkündete die landesweite Einführung des Systems der vertraglichen Verpflichtung zur Geburtenplanung. Darüber hinaus soll die Geburtenplanung zum Gegenstand der Überprüfung der Leistungen der Führungskader auf jeder Verwaltungsebene gemacht werden. Die Basisorganisationen sollen mit den Frauen im entsprechenden Alter einen Geburtenregelungsvertrag schließen, für dessen Einhaltung die Gesellschaft die Garantie übernimmt. Der Anteil der Ein-Kind-Familien ist zu erhöhen und die Politik, auf dem Lande unter besonderen Bedingungen ein zweites Kind zu erlauben, besser in den Griff zu bekommen. Auf dem Lande sollen Vereinigungen zur Geburtenplanung und sog. "Kernhaushalte" Aufklärungsarbeit leisten; dabei soll die Betonung auf der Verhütung liegen und die Zahl der Abtreibungen verringert werden. Die Qualität der Verhütungsmittel soll verbessert und auf der Mittelschule soll Bevölkerungserziehung eingeführt werden.

Beginnend mit dem 1. Juli dieses Jahres soll nach Mitteilung des Pressesprechers der Staatlichen Kommission für Familienplanung eine Stichprobenuntersuchung der Bevölkerung beginnen, die Auskunft geben soll über die Zahl der Geburten, die natürliche Zuwachsrate, Bevölkerungsbewegungen sowie den Einfluß wirtschaftlicher Faktoren und des Bildungsniveaus auf die Geburtenrate. (RMRB, 16.2.88)

Die Methode, die Geburtenkontrolle über das Verantwortlichkeitssystem in den Griff zu bekommen, wird schon seit einigen Jahren angewandt, hat aber auf dem Lande bisher zu keinem durchgreifenden Erfolg geführt. Daß die verantwortlichen Kader zur Rechenschaft gezogen werden sollen, kann auch den Effekt haben, ihre Anfälligkeit für Bestechung auf diesem Gebiet zu erhöhen. -st-

Außenwirtschaft

*(27) Stand der chinesisch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen

Bis Ende 1987 hat die VR China 4.793 Joint Ventures genehmigt, deren Kapital sich auf 12,1 Mrd. US\$ belief. 3 Mrd. sind bereits eingebracht. Drei Arten von Auslandsengagements werden heutzutage unterschieden, nämlich Equity Joint Ventures, wie sie nach dem Gesetz vom Juli 1979 geregelt sind, zweitens Contractual Joint Ventures mit freier Gestaltung der Modalitäten und drittens Unternehmen, die ausschließlich in ausländischem Eigentum stehen und von Ausländern geleitet werden.

Am 11. Januar 1988 wurde bei der 24. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK ein neuer Gesetzesentwurf eingebracht, der noch weitere Fragen im Bereich von chinesisch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen regeln soll, so z.B. den Transfer von Investitionen, die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Devisenbilanzierungsfragen, die Überweisung von Gewinnen ausländischer Partner sowie die Frage von Vertragsverlängerungen (XNA, 11.1.88). -we-

*(28) Chinesische Auslandsinvestitionen sollen erhöht werden

Die Volksrepublik China will die Auslandsinvestitionen beträchtlich erhöhen. Wie die Zeitung *Jingji Ribao* am 1.3.1988 berichtete, verhandelt die Volksrepublik mit der Sowjetunion und osteuropäischen Staaten sowie mit Ländern, zu denen die Volksrepublik China keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Die Investitionen seien für einen verstärkten Einstieg Chinas in die Weltwirtschaft nötig. 1987 habe das Land 124 Firmen im Ausland gegründet. An deren Kapital in Höhe von insgesamt 1,3 Mrd. US\$ sei die Volksrepublik mit 350 Mio. US\$ beteiligt.

Fast 90% dieser Investitionen seien in Entwicklungsländern getätigt worden, darunter Wohnungs- und Brückenbauprojekte in Nahost und Nordafrika. Dieser Trend, der wohl noch einige Jahre anhalten werde, spiegele Chinas niedriges technologisches Niveau wider. Die Kapitalanlagen im Ausland würden benötigt, um Devisen ins Land zu bringen. Damit könnten Güter und Rohstoffe importiert und der Stand der Technologie und Ausbildung verbessert werden. 1979 habe China mit Investitionen im Ausland begonnen und bis Ende 1987 seien 385 Auslandsfirmen gegründet worden.

Ebenfalls wurde die Bedeutung der Auslandsinvestitionen für die Öffnung Chinas betont. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Zhao Ziyang, hat dieses seit Januar 1988 mehrmals hervorgehoben. Seiner Ansicht nach sollten insbesondere die Küstenregionen, in denen rd. 200 Millionen Chinesen leben, eine größere Rolle in der Weltwirtschaft spielen. China selbst habe nicht genug Geld, um diese Regionen zu modernisieren (vgl. auch C.a., Jan. 1988, S.20). Deshalb müsse durch das Angebot billiger Arbeitskräfte Kapital von außen angezogen werden. Taiwan, Südkorea und Singapur hätten die arbeitsintensiven Industrien aufgegeben. China könne diese Lücke füllen und könne es sich nicht erlauben, diese Chance zu verpassen. (*Jingji Ribao*, 1.3.88) -lou-